



Stuttgart21: Steif schlagen und weichkochen

Spätestens seit die Polizei in Stuttgart die Demonstrant_innen gegen Stuttgart21 zusammengeschlagen hat, ist dieses Großprojekt in aller Munde.

Und was für ein Großprojekt das ist! Der Bahnhof der Landeshauptstadt soll ein unterirdischer DB-Palast werden, Kostenpunkt: schlappe 2,5 Milliarden Euro (Projektstart), bzw. 4,1 Milliarden Euro (Dezember 2009), bzw. 7,4 Milliarden Euro (Baustart), bzw. ... Neuere Gutachten rechnen sogar mit mindestens **14 Milliarden**. Aber die Staatskassen sind ja voll genug, oder? Es ist schon interessant, dass „Vater Staat“ einerseits so zahlungswillig ist, während man uns gegenüber immer mit Sparparolen kommt. Aber was soll's! Für so einen schönen Bahnhof verzichten wir doch gerne auf eine ordentliche Gesundheitsversorgung, auf Ausbildungschancen, Rente und so weiter.

Wem nützt es?

Das Stuttgart21-Kartell um Immobilienriesen und Tunnelbauer wird eben von Leuten angeführt, die durch dieses Projekt so richtig Reibach machen. Die Bahn AG verspricht sich aus dem Verkauf der Grundstücke, auf denen jetzt Gleise liegen, enorme Einnahmen. Die kann sie ja dann – wer weiß – für die Übernahme anderer Bahn-

unternehmen ausgeben – z. B. in England. Solche Investitionen versprechen jedenfalls größere Gewinne als Ausgaben bei der Sicherheit oder die Zahlung von ordentlichen Löhnen. Die privaten Spekulant_innen jedenfalls reiben sich die Hände, wenn wieder einmal öffentliches Eigentum billig zu haben ist.



Wer vertritt unsere Interessen?

Verständlich, warum sich von Anfang an **Widerstand gegen das Projekt** regte. Der wurde links liegen gelassen und bekam erst Aufmerksamkeit, als sich Menschen massenhaft gegen den beginnenden Bau stellten. Hier kam die Staatsmacht ins Spiel. Die ist schließlich immer bemüht, die Interessen der privaten Wirtschaft zu vertreten. Das kennen wir schon von Bankenhilfen oder Militäreinsätzen. Im Fall von „S 21“ wird diese grund-

sätzliche Abhängigkeit noch von engen persönlichen Bindungen zwischen Wirtschaft und CDU-FDP-Regierung unterstützt. Die Regierung war im „Musterländle“ ja noch nie mit großem Protest konfrontiert und schickte vielleicht deswegen ihren bewaffneten Arm um die aufmüpfigen Untertanen einfach wegzuputzen (statt gleich die jetzige Propaganda- und

Weichkoch-Offensive zu fahren). Die Hartz IV-Parteien SPD und Grüne wollen sich jetzt profilieren und vor allem die Grünenvorsitzenden gefallen sich in der Volkstribunen-Rolle. Und die Linkspartei? Als Berliner_innen wissen wir, was aus einem sozialen Anspruch wird, wenn man sich den „Sachzwängen“, also den Interessen von Wirtschaftsakteuren, beugen

muss. Wichtig wäre deswegen, dass wir uns selber um unsere Interessen kümmern und das Denken und Handeln eben nicht irgendwelchen Vertreter_innen überlassen. Das wurde schließlich schon viel zu oft probiert. Dabei haben wir Beschäftigten auch viel mehr Macht als die Mächtigen des Stuttgart21-Kartells und sonstwo. Oder was würden die wohl machen, wenn ein Streik der Stuttgarter Arbeiter_innen sie an ihrem liebsten Stück – dem Geldsack – packen würde?

Krise auch im Gesundheitswesen

Das **Neun-Milliarden-Defizit** in den gesetzlichen Krankenkassen 2011 soll verschwinden. Das Sparpaket der Bundesregierung hatte bereits einseitig Arbeitslose belastet und sehr gut Verdienende begünstigt. Jetzt wird das Gesundheitswesen mit der selben Logik vom FDP geführten Gesundheitsministerium reformiert. Wiedereinmal gehen die Veränderungen zulasten der Beschäftigten. Sie sollen durch eine Erhöhung der Beiträge auf 15,11% zwei Drittel des Defizits bezahlen. Gleichzeitig erhalten niedergelassene Ärzte **Honorarerhöhungen** von einer **Milliarde Euro**. Außerdem soll es einzelne Veränderungen, wie eine Kopfpauschale, also Leistungsunabhängige Zusatzbeiträge, geben. Sie sollen die privaten Krankenkassen stärken und sind so ein weiterer Schritt hin zu einem privatisierten Gesundheitswesen.

Proteste in ganz Europa

Am 29. SEPTEMBER sind Arbeiter_innen in ganz Europa auf die Straße gegangen. Auf einer Demonstration der Gewerkschaften in Brüssel waren 100.000 Menschen. In Spanien beteiligten sich 70% der

Arbeiter_innen an einem Generalstreik – das waren **10 Millionen Menschen**, die die Arbeit verweigerten!

Die Proteste richten sich gegen die ganzen Angriffe auf unsere Rechte. Wegen der Krise – so wird uns erzählt – müssen wir niedrigere Löhne und schlechtere Bedingungen hinnehmen. Doch Millionen Arbeiter_innen sagten an diesem Tag: **"Wir haben die Krise nicht verursacht! Eure Krise zahlen wir nicht!"**



Doch selbst große Demonstrationen werden nicht reichen, um die Angriffe abzuwehren. Eigentlich wäre ein Generalstreik in ganz Europa notwendig. Wann werden die Gewerkschaften hier eine solche Aktion organisieren?

Klar ist, dass wir nicht auf die Gewerkschaftsführungen warten dürfen. Wir sollten uns jetzt in jedem Betrieb – auch in der Mensa – organisieren, um mit dem Widerstand von unten zu beginnen.

ungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst du das unterstützen? Hast du ein Problem im Betrieb, das dich schon lange genervt hat? Wende dich an uns: Entweder an eine/n der Flugblattverteiler_innen, per Email oder per Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch

Streiks in Frankreich

Letzten Dienstag sind 3,5 Millionen Menschen in Frankreich auf die Straße gegangen. Es gab Demonstrationen in fast 250 Städten! Die Streiks richteten sich gegen die Pläne der Regierung, das Rentenalter zu erhöhen. Aber nicht nur ältere Beschäftigte kurz vor der Rente blieben der Arbeit fern: auch viele Schüler_innen und Studierende schlossen sich dem Protest an. Denn sie wissen: nur wenn Beschäftigte und Jugendliche gemeinsam kämpfen, können wir unsere Rechte verteidigen. Jetzt fordern viele einen unbefristeten Generalstreik, bis die Regierung ihre "Reform" zurücknimmt. In den letzten Jahren mussten französische Regierungen

mehrmals solche "Reform"-pläne zurücknehmen, weil der Druck von der Straße einfach zu groß war. Auch in Deutschland werden Renten gekürzt und das Rentenalter erhöht. Die Kolleg_innen in Frankreich zeigen: wir müssen so was nicht hinnehmen! Vor diesem Hintergrund müssen wir ein bisschen Französisch lernen: Wenn die Regierung "**Kürzung**" sagt, dann ist die richtige Antwort "**Greve!**" ("**Streik!**" auf Französisch).

"Unser Werkblatt" wird von der AG Arbeitskämpfe herausgegeben. Wir sind eine Gruppe, die sich im Rahmen der aktuellen Bildungsproteste gegründet hat. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich für bessere Arbeitsbedin-

anonym. Wir treffen uns auch jeden Montag um 15 Uhr vor der Mensa II, um uns auszutauschen und unsere Arbeit zu planen. Schau selbst mal vorbei!

Kontakt:

ag_arbeitskampf@yahoo.de